

Neumann, Manfred J. M.

**Article — Digitized Version**

## Überlegungen zu einem alternativen Konzept der Stabilisierungspolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Neumann, Manfred J. M. (1977) : Überlegungen zu einem alternativen Konzept der Stabilisierungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 9, pp. 455-459

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135111>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Überlegungen zu einem alternativen Konzept der Stabilisierungspolitik

Manfred J. M. Neumann, Berlin

Ende Mai gründeten zehn Professoren aus verschiedenen Ländern <sup>1)</sup> in Paris das „Schattenkomitee für europäische Wirtschaftspolitik“. Anlaß für diese Gründung ist die Beobachtung, daß die wirtschaftspolitische Praxis in den OECD-Ländern auch heute noch von der spätkeynesianischen Philosophie einer kürzerfristig diskretionären Globalsteuerung beherrscht wird. Das Komitee hält diesen Grundsatz für ungeeignet, die drückenden Probleme unserer Zeit, einer hohen Arbeitslosigkeit, eines zu geringen Wirtschaftswachstums und noch immer beträchtlicher Inflation, dauerhaft zu lösen. Als ein alternatives Konzept schlägt es vor, zu einer verbindlichen, langfristigen Festlegung der Geld- und Finanzpolitik überzugehen. Aufgrund eingehender Analysen der wirtschaftlichen Lage in Großbritannien, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik Deutschland hat das Komitee für jedes dieser Länder wirtschaftspolitische Empfehlungen erarbeitet, die geeignet erscheinen, diesen Volkswirtschaften eine allmähliche, aber programmierte Annäherung an den Pfad eines inflationsfreien, stabilen Wachstums bis 1980 zu ermöglichen (zu den die Bundesrepublik betreffenden Empfehlungen vgl. den Kasten). Im folgenden werden die dem alternativen Ansatz zugrunde liegenden Überlegungen näher erläutert.

Die wirtschaftspolitische Praxis der Gegenwart ist durch den keynesianischen Leitgedanken einer grundlegenden Instabilität des marktwirtschaftlichen Systems geprägt. Autonome Veränderungen der Ertragerwartungen oder schwer zu erklärende, wechselnde Stimmungen der Wirtschaft, verstärkt durch zufällige Schocks, führen zu konjunkturellen Schwankungen von Produktion und Beschäftigung, die überdies dazu tendieren, sich zu einer kumulativ deflationären Entwicklung mit sinkender Produktion und Massenarbeitslosigkeit zu verschärfen. Nach dieser Auffassung kann aber der Staat durch eine die Gesamtnachfrage steuernde Stabilisierungspolitik die der Marktwirtschaft offenbar eigene Tendenz zu Instabilität und Unterbeschäftigung vermeiden. Die Stabilisierungspolitik hat danach erstens für ein stets genügend hohes Niveau der Gesamtnachfrage zu sorgen und zweitens durch ein zwischen Finanz- und Geldpolitik abgestimmtes Management die autonomen Schwankungen der Gesamtnachfrage antizyklisch auszusteuern. Angelpunkt dieses Konzeptes ist der berühmte Phillips-Trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation. Eine stabile, negativ geneigte Phillips-Kurve erlaubt es der

Stabilisierungspolitik, durch eine erhöhte Expansion der Gesamtnachfrage die Arbeitslosigkeit zu verringern. Zwar steigt dann auch die Inflationsrate, doch ist dies entweder in Kauf zu nehmen oder durch eine flankierende Einkommenspolitik der Preis- und Lohnkontrollen einzudämmen.

## Enttäuschende Ergebnisse

Das keynesianische Konzept einer antizyklisch gesteuerten Stabilisierungspolitik ist seit Ende der sechziger Jahre immer mehr verfeinert worden. Trotzdem hat sich die wirtschaftliche Lage in allen OECD-Ländern seit dieser Zeit dramatisch verschlechtert, wenngleich von Land zu Land in unterschiedlichem Maße. Statt der Vollbeschäftigung, die man garantieren zu können glaubte, wurden eine rapide steigende Arbeitslosigkeit und ein schrumpfendes reales Wachstum erreicht. Eine enorm gesteigerte Expansion der Gesamtnachfrage verpuffte in steigenden Inflationsraten, akkumulierte den Staatsanteil am Gesamteinkommen und verdrängte im Verein mit einem euphorischen Ausbau des Systems der sozialen Sicherung die private Investitionstätigkeit. In diesem Zusammenhang ist es instruktiv, das Beispiel Großbritan-

*Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann, 36, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre am Institut für Banken und Industrie, Geld und Kredit – Fachrichtung Geldtheorie – der Freien Universität Berlin.*

<sup>1)</sup> Dem Komitee gehören an: Karl Brunner (University of Rochester und Universität Bern), Peter Bernholz (Universität Basel), André Fourcans (ESSEC, Paris), Michele Fratianni (Universität Löwen), Brian Griffiths (City University, London), Pieter Korteweg (Erasmus Universität Rotterdam), Allan H. Meltzer (Carnegie-Mellon University, Pittsburgh), Manfred J. M. Neumann (Freie Universität Berlin), Michael Parkin (University of Western Ontario), Jean-Jacques Rosa (Universität Paris).

## Wirtschaftspolitische Empfehlungen des Schattenkomitees für die Bundesrepublik Deutschland

Der Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft im vergangenen Jahr hat die Grundlagen dafür gelegt, den stabileren Entwicklungspfad eines anhaltenden realen Wachstums, steigender Beschäftigung und einer allmählichen Beseitigung der Inflation erreichen zu können. Das reale Sozialprodukt begann wiederum zu wachsen — mit einer Rate von mehr als 5 % —, und die durchschnittliche Inflationsrate fiel auf 4 % im ersten Quartal von 1977.

Die deutschen Behörden sollten nun die neue Phase einer längerfristig orientierten Wirtschaftspolitik eröffnen, indem sie für mehrere Jahre im voraus Wachstumsraten nicht nur für die monetäre Expansion, sondern ebenfalls für die Staatsausgaben festsetzen und öffentlich bekanntgeben. Diese Zielwachstumsraten wären dann verbindlich einzuhalten. Die bisherige mittelfristige Finanzplanung hat dem nicht entsprochen. Die Zielwachstumsraten sollten so festgesetzt werden, daß sie mit der Wachstumsrate des normalen Outputs, 4 bis 5 % p. a., und einer allmählichen Reduzierung der Inflationsrate auf null Prozent bis zum Ende der siebziger Jahre in Einklang stehen.

Für die Geldpolitik wird vorgeschlagen, die Zuwachsrates der engeren Geldmenge M1 von derzeit 8 auf 7 % p. a. bis zum Jahresende zu verringern und im Dezember folgende Zielwachstumsraten für M1 bekannt zu geben: 6 % für 1978, 5 % für 1979 und 4 % für 1980. Übersetzt in die Variable „Zentralbankgeldmenge“ erscheinen etwa

die gleichen Raten als angemessen. Es wäre nützlich, wenn die Bundesbank eine detaillierte Geldangebotsanalyse einführen würde, die die für Entscheidungen über Änderungen geldpolitischer Instrumente notwendigen Informationen verbessern würde. Hinsichtlich der Ausföhrung der Geldpolitik erscheinen zwei zusätzliche Bemerkungen als angemessen: Erstens, wir bestärken die Bundesbank in ihrer Politik, Offenmarktkäufen von langfristigen Titeln eine prominentere Rolle als Quelle der langfristigen Versorgung der Wirtschaft mit Basisgeld zu geben. Zweitens, eine an ein Wachstumsziel für die Geldmenge gebundene Politik sollte nicht durch zeitweilige Versuche gefährdet werden, die Wechselkurse der DM gegenüber Schlangewährungen gegen die Marktkräfte zu halten. Solange die übrigen Mitgliedsländer der europäischen Währungsschlinge nicht dazu übergehen, konsistente Geldmengenziele zu akzeptieren und einzuhalten, sollten die deutschen Behörden sich darauf einstellen, entweder frühzeitiger als in der Vergangenheit die DM gegenüber den Schlangewährungen aufzuwerten oder die europäische Währungsschlinge zu verlassen.

Was das Defizit des Staatssektors anlangt, sollte eine ernsthafte Anstrengung für eine dauerhafte Konsolidierung unternommen werden. Würde die Politik des vergangenen Jahres fortgeführt, die die Zuwachsrates der Staatsausgaben unter der Wachstumsrate des nominalen Bruttosozialprodukts ge-

halten hat, so sollte es möglich sein, das Defizit allmählich abzubauen und zu Beginn der achtziger Jahre ein in etwa ausgeglichenes Gesamtbudget zu erreichen. Es wird vorgeschlagen, die Zuwachsrates der öffentlichen Ausgaben, die im Vorjahr 4,5 % betragen hat, auf 4 % zu senken und diese Wachstumsrate auch in den nächsten Jahren beizubehalten. Kürzungen sollten dabei aber nicht zu Lasten des Wachstums der öffentlichen Investitionsausgaben gehen, sondern zu Lasten des öffentlichen Verbrauchs. Außerdem ist ein grundlegenderer Ansatz notwendig, um das übermäßige Wachstum der Ausgaben für die soziale Sicherung zu normalisieren. Beispielsweise sollten die in der sozialen Krankenversicherung Versicherten an den Kosten der von ihnen in Anspruch genommenen medizinischen Leistungen direkt beteiligt werden.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist ein sehr ernstes Problem. Die Arbeitslosigkeit wird jedoch in den nächsten Jahren unter folgenden Bedingungen allmählich abnehmen:

Die Gewerkschaften berücksichtigen, daß der Anteil der Lohneinkommen am Gesamteinkommen nicht auf ein beliebiges Niveau angehoben werden kann.

Der effektive Mindestlohnsatz steigt nicht stärker als der durchschnittliche Lohnsatz.

Die Regelungen der Arbeitslosenversicherung werden so geändert, daß Anreize, eine Wiederaufnahme der Arbeit zu vermeiden, beseitigt werden.

niens zu betrachten. In diesem Land setzte sich das keynesianische Konzept der Stabilisierungspolitik am stärksten durch, und es ist dieses Land, das die bittersten Erfahrungen machen mußte.

Die enttäuschenden wirtschaftlichen Ergebnisse der vergangenen Jahre werden heute international in der wirtschaftspolitischen Öffentlichkeit nicht mehr als ein einmaliger Betriebsunfall der Stabilisierungspolitik gewertet, sondern haben zu einer zunehmenden Desillusionierung in bezug auf die Möglichkeiten einer antizyklischen Nachfragesteuerung geführt.

Die entscheidende Frage ist: Erklären sich die kumulativen Fehlentwicklungen aus einer systematisch falschen Anwendung eines an sich richtigen Konzeptes oder aus einer im großen und ganzen richtigen Anwendung eines falschen Konzeptes? Wenig spricht für die erste Annahme. Wer sie vertritt, müßte präzisieren, welche gegen das keynesianische Konzept verstoßenden Fehler gemacht wurden, und er müßte erklären, warum die gleichen Fehler zur selben Zeit in vielen Ländern begangen wurden. Schließlich müßte er zeigen, daß grundlegende theoretische Entwicklungen der letzten zehn Jahre, die hier kurz skizziert werden sollen, die Validität des keynesianischen Stabilisierungskonzeptes unangetastet lassen.

#### **Die Phillips-Illusion**

Die beiden wichtigsten theoretischen Entwicklungen im Hinblick auf unseren Problemzusammenhang sind zum ersten die Aufdeckung der Phillips-Illusion und zum zweiten die Integration der Theorie der rationalen Erwartungen in die makroökonomische Theorie. Die Aufdeckung der Phillips-Illusion geht auf Friedman und Phelps zurück. Sie entwickelten unabhängig voneinander die Hypothese der natürlichen Unterbeschäftigungsrate, die auch als Akzelerationshypothese bezeichnet wird. Die Hypothese besagt, daß die kurzfristige Phillips-Kurve nicht stabil ist, sondern sich mit Veränderungen der Inflationserwartungen entlang einer langfristigen Phillips-Kurve verschiebt. Die langfristige Kurve ist vertikal; sie verbindet alternative Inflationsraten mit einer durch die jeweilige Struktur der Volkswirtschaft vorgegebenen „natürlichen“ Rate der Unterbeschäftigung. Einen dauerhaften Trade-off zwischen Arbeitslosigkeit

und Inflation, den die Stabilisierungspolitik nutzen könnte, gibt es nicht. Versucht etwa der Staat, durch eine verstärkte Expansion der Gesamtnachfrage die Arbeitslosigkeit unter das natürliche Niveau zu drücken, so kann das nur solange gelingen, wie die Arbeitnehmer bzw. die Gewerkschaften nicht bemerken, daß die Inflationsrate steigt und folglich der Reallohn sinkt. Dies ist nur vorübergehend möglich. Sobald die Arbeitnehmer die inflationsbedingte Verringerung ihres Reallohnes erkennen, werden sie durch entsprechend höhere Lohnforderungen die Reallohnsenkung rückgängig zu machen suchen. Folglich steigt die Arbeitslosigkeit wieder an, bis sie ihr natürliches Niveau erreicht hat.

Es dürfte außer Frage stehen, daß Arbeitnehmer und Gewerkschaften heute nicht mehr der Geldillusion unterliegen, sondern bei Lohnforderungen ihre Inflationserwartungen berücksichtigen. Eine stabile Phillips-Kurve kann es daher nicht geben. Allerdings, wenn man davon ausgehen könnte, daß die Arbeitnehmer ihre Inflationserwartungen allein an den jüngst vergangenen Inflationsraten ausrichten (adaptive Erwartungsbildung), so wäre im Prinzip eine dynamische Strategie der systematischen Täuschung denkbar. Um die anfänglich bewirkte, vorübergehende Senkung der Arbeitslosigkeit möglichst lange aufrechterhalten zu können, müßte der Staat dafür sorgen, daß die tatsächliche Inflationsrate ständig höher liegt, als die Arbeitnehmer erwarten. Der Staat müßte also eine konsequente Inflationspolitik der ständigen Akzeleration der Gesamtnachfrage betreiben. Wie lange könnte eine solche Politik durchgehalten werden? Offenkundig nur so lange, wie der Zustand einer ständig steigenden Inflationsrate politisch akzeptiert würde.

#### **Die Theorie der rationalen Erwartungen**

Die von Lucas und Sargent in die makroökonomische Theorie integrierte Theorie der rationalen Erwartungen gibt eine andere Antwort. Sie legt nahe, daß die skizzierte hypothetische Strategie einer systematischen Täuschung sehr viel früher abgebrochen werden müßte, weil rationale Wirtschaftssubjekte sie durchschauen, sich darauf einstellen und sie damit wirkungslos machen würden. Die Theorie der rationalen Erwartungen geht da-

## **KONJUNKTUR VON MORGEN**

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

ISSN 0023-3439

**V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G**

von aus, daß die Wirtschaftssubjekte den kausalen Zusammenhang zwischen der Akzeleration der Gesamtnachfrage durch den Staat und dem Ansteigen der Inflationsrate mit der Zeit erkennen und für ihre Inflationsprognosen nutzen würden. Sie würden die für die Zukunft zu erwartende Inflationsrate nicht mehr durch eine mechanistische Fortschreibung vergangener Inflationsraten bestimmen, sondern sie aus dem Verhalten des Staates ableiten. Das aber bedeutet, daß ein systematisches Vorseilen der tatsächlichen vor der erwarteten Inflationsrate nicht mehr möglich ist und damit die Grundlage für eine systematische Täuschung der Arbeitnehmer und die mit ihr verbundene temporäre Verringerung der Arbeitslosigkeit entfällt.

Berücksichtigt man die hier kurz und notwendigerweise grob skizzierten neueren Theorieentwicklungen, so wird klar, warum die Waffen des keynesianischen Konzepts der Stabilisierungspolitik – wenn sie je scharf waren – stumpf geworden sind. Werden die Inflationserwartungen mehr oder minder rational gebildet, wie einige neuere theoretisch-empirische Untersuchungen nahelegen<sup>2)</sup>, so kann durch eine systematische, öffentlich verkündete Akzeleration der Geldmenge nicht einmal vorübergehend eine Abnahme der Arbeitslosenzahl erreicht werden, sondern nur ein programmierter Anstieg der Inflationsrate. Gleiches gilt für eine expansionistische Akzeleration der Staatsausgaben, wenn man von dem trivialen Fall einer Übernahme der Arbeitslosen in den Staatsdienst absieht. Aber selbst wenn man annimmt, daß die Inflationserwartungen nicht rational, sondern adaptiv gebildet werden, kann durch ein Vorseilen der Nachfrageexpansion eine allenfalls kurzlebige Verringerung der Arbeitslosenzahl unter das natürliche Niveau erreicht werden, und zwar um den Preis einer ständig steigenden Inflationsrate. Eine solche Strategie läßt sich weder vertreten noch politisch lange durchhalten.

### Die Alternative

Für ein alternatives wirtschaftspolitisches Konzept ergeben sich aus der Analyse des Versagens der auf die Täuschbarkeit der Arbeitnehmer über ihre tatsächliche Reallohnposition vertrauenden, keynesianischen Steuerung der Gesamtnachfrage zwei Hauptschlußfolgerungen:

Erstens, das kurzfristig orientierte Management der Gesamtnachfrage sollte durch die Ga-

<sup>2)</sup> Die folgenden Arbeiten wurden auf der Carnegie-Rochester Conference on Public Policy Issues im April 1977 vorgelegt und erscheinen im Januar 1978 als Sonderband zum Journal of Monetary Economics: D. Dutton: The Economics of Inflation and Output Fluctuations in the US, 1952-1974; M. Fratilanni: Inflation and Unanticipated Changes in Output in Italy; A. Fourcans: Inflation and Output Growth: The French Experience; P. Korteweg: The Economics of Inflation and Output Fluctuations in the Netherlands, 1954-1975; M. J. M. Neumann: The Impulsetheoretic Explanation of Changing Inflation and Output Growth – Evidence from Germany.

rantie eines langfristig stabilen Rahmens ersetzt werden, der eine volle Ausschöpfung des Potentialwachstums und eine dauerhafte Inflationsrate von Null ermöglicht.

Zweitens, die Wirtschaftspolitik sollte auf eine Beseitigung jener strukturellen Hemmnisse hinarbeiten, die das natürliche Niveau der Arbeitslosigkeit unerwünscht hochhalten.

### Garantie eines langfristig stabilen Rahmens

Die Garantie eines langfristig stabilen Entwicklungsrahmens erfordert eine sehr viel längerfristige Orientierung und Festlegung der Geldpolitik und der Finanzpolitik, als dies heute üblich ist. Es wäre notwendig, daß für mehrere Jahre im voraus stabile Zuwachsraten für die Geldmenge und für die Staatsausgaben bekanntgegeben werden, die dann verbindlich einzuhalten wären. Das Niveau der Zuwachsraten wäre so festzulegen, daß zum einen ein stabiles Preisniveau ermöglicht wird – und das heißt: eine Inflationsrate von Null – und zum anderen eine Verdrängung der privaten Realkapitalbildung durch eine Ausweitung der Staatsquote ausgeschlossen wird. Die Umsetzung des Konzepts in praktische Politik würde für den Bereich der Finanzpolitik die Wahl einer dauerhaften Wachstumsrate für die Staatsausgaben in Höhe der normalen Zuwachsrates des Outputs implizieren. Auch die von der Geldpolitik festzusetzende dauerhafte Zuwachsrates für die Geldmenge wäre nicht höher zu wählen. Unter Berücksichtigung einer langfristigen Realeinkommenselastizität der Geldnachfrage von kleiner als eins wäre sie sogar noch etwas niedriger anzusetzen.

Die skizzierte Einbindung der Geld- und der Finanzpolitik in ein längerfristig geregeltes Wachstum der Geldmenge und der Staatsausgaben würde der Wirtschaft eine stabile Entwicklungsperspektive eröffnen und ihre Entscheidungen sicherer machen. Sie würde die Inflationserwartungen eliminieren, der Furcht vor höheren Steuerbelastungen in der Zukunft den Boden entziehen und die Informations- und Anpassungskosten verringern. Die längerfristigen Realertrags- und Reallohnserwartungen der Wirtschaftsakteure und ihre Risikobereitschaft würden daher dauerhaft zunehmen, und dies ist die entscheidende Grundlage für eine dynamische Mobilisierung aller Wachstums- und Beschäftigungschancen.

Die praktische Durchsetzung einer solchen Politik würde zweifellos, vor allem im finanzpolitischen Bereich, auf vielfältige Hemmnisse technisch-institutioneller, aber auch interessenpolitischer Art stoßen und könnte nicht von heute auf morgen vollendet werden. Es gibt jedoch keinen Grund für die Annahme, daß solche Hemmnisse nicht überwunden werden könnten, wenn nur der politische Wille für eine grundlegende Neuorientierung

rung auf die Garantie eines langfristig stabilen Rahmens gegeben ist.

In der Wirtschaftstheorie bezeichnet man jene Arbeitslosigkeit als „natürlich“, die in den aktuellen Strukturcharakteristika der Arbeits- und Gütermärkte begründet ist. Selbst bei einem inflationsfreien Wachstum ergibt sich eine natürliche Arbeitslosigkeit. Zu ihr rechnet neben der durch Anpassungs- und Informationskosten bestimmten strukturellen Arbeitslosigkeit auch die durch eine machtbedingte Anhebung der Reallohnposition ausgelöste Arbeitslosigkeit. Das Niveau der natürlichen Arbeitslosigkeit bildet keine unabänderliche Naturkonstante. Es kann durch Arbeitsmarktpolitik, durch die Sozialpolitik und die Lohnpolitik günstig beeinflusst werden.

Die Arbeitsmarktpolitik sollte nicht nur die berufliche und regionale Mobilität der Arbeitnehmer fördern, sondern den Arbeitslosen wie den Unternehmen durch die Arbeitsämter eine größere Transparenz des Arbeitsmarktes bieten und eine weniger bürokratische Vermittlung einführen. Die Sozialpolitik sollte in einer gründlichen Bestandsaufnahme überprüfen, inwieweit sie dazu beiträgt, das natürliche Niveau der Arbeitslosigkeit zu heben statt zu senken. Es spricht vieles dafür, daß einzelne Leistungsregelungen bei Arbeitslosen den Anreiz mindern, die Initiative zu einer möglichst schnellen Rückkehr in die aktive Arbeitsbevölkerung zu ergreifen, während andere Bestimmungen Unternehmen dazu veranlassen, Aus Hilfsbeschäftigung und Überstundenarbeit anstelle neuer Arbeitsplätze anzubieten.

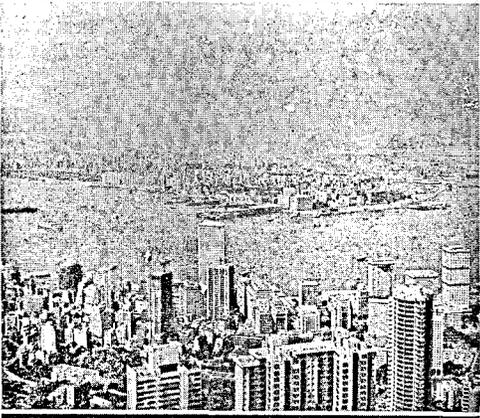
#### Illusionsfreie Reallohnpolitik

Einen entscheidenden Beitrag kann auch die Lohnpolitik leisten. Sie sollte darauf achten, daß zum einen der durchschnittliche Reallohn nicht stärker angehoben wird als es dem durchschnittlichen Zuwachs der Arbeitsproduktivität entspricht und zum anderen der faktische Mindestreallohn nicht stärker als der durchschnittliche Reallohn steigt. Eine Lohnpolitik, die erzwingt, daß die Zuwachsraten des Reallohnes anhaltend das Wachstum der Arbeitsproduktivität übersteigen, schafft dauerhaft zusätzliche Arbeitslosigkeit. Sie erreicht auf diesem Wege auch nicht, wie manche meinen, die eine Verteilungskampfpolitik befürworten, das Ziel einer forcierten längerfristigen Hebung des realen Lebensstandards für die Gesamtheit der Arbeitnehmer. Denn eine solche Lohnpolitik würde zunehmend die realen Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft beschneiden und damit abnehmende Zuwachsraten für den Reallohn in der Zukunft programmieren.

Eine verantwortungsvolle und illusionsfreie Reallohnpolitik ist sich ihrer Grenzen bewußt und muß an der Garantie eines langfristig stabilen Rah-

mens durch den Staat interessiert sein. Denn die aus der Garantie eines stabilen Entwicklungsrahmens folgende Beseitigung der Inflation würde den Lohnfindungsprozeß erleichtern und die inflationsbedingte, reale Höherbesteuerung der Arbeitseinkommen vermeiden. Folglich würde der Konflikt gemindert, der sich für die Gewerkschaften aus dem Sachverhalt ergibt, daß es für das künftige Wachstum der Wirtschaft auf die Entwicklung des realen Bruttolohns ankommt, während sich das Interesse der Arbeitnehmer auf die Entwicklung des realen Nettolohns konzentriert. Die vorgeschlagene feste Begrenzung der Staatsausgaben würde darüber hinaus den Konflikt weiter entschärfen, weil der Staat nicht mehr auf eine im Zeitablauf progressiv steigende, reale Steuerbelastung der Arbeitnehmer angewiesen wäre. Statt dessen könnte er dann für eine prozentual konstante Lohnsteuerbelastung sorgen, etwa durch den Einbau einer realen Indizierung in den Einkommensteuertarif. Beispielsweise wäre es denkbar, die Progressionsstaffel in jedem Jahr automatisch entsprechend der durchschnittlichen Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität nach oben zu verschieben.

HONG KONG



Bildband-Picture Book 

Hongkong - Traumreise

Ein neuartiger Bildband in Deutsch und Englisch: 40 Seiten.  
**Alle Bilder in Farbe.** Viele Tips für einen erlebnisreichen Urlaub. Ebenfalls erhältlich von **CARACAS**.  
 In Kürze auch von **LIMA, CAIRO** und **RIO DE JANEIRO**.

**Übersee Verlag Hamburg**  
 Schöne Aussicht 23  
 Telefon: (040) 228 52 26

nur DM 6.50